

Verfassungsschutzbericht 2022 – Geheimdienst verschläft Radikalisierung von Rechts

Zum Thüringer Verfassungsschutzbericht 2022 erklären Sascha Bilay, Sprecher für Innenpolitik, und Katharina König-Preuss, Sprecherin für Antifaschismus der LINKE-Fraktion: „Erneut zeigt sich, dass der in Thüringen herausgegebene Verfassungsschutzbericht analytische Mängel aufweist und methodische Fehler aus den Vorjahren unbeirrt fortsetzt. Dem Geheimdienst misslingt es, Radikalisierungen der rechten Szene adäquat zu erkennen und zu benennen und das obwohl entsprechende Daten sowohl von Polizei als auch Wissenschaft und Medien vorliegen. Der Bericht enthält erwartbar nichts neues, dafür aber gefährliche Verzerrungen.“

Bilay erklärt: „Gemessen daran, dass nach polizeilicher Erkenntnislage im Berichtszeitraum politisch motivierte Gewaltdelikte zahlenmäßig im Phänomenbereich Links um 20 Prozent zurückgegangen sind und bei Rechts ein Anstieg von mehr als 55 Prozent zu verorten ist, liest sich die inhaltliche Untersetzung dazu beim Verfassungsschutz komplett konträr. Eine seitenweise Darstellung von Gewalttaten mit Fallbeispielen oder das Framen von ‚Radikalisierung‘ bereits in der Kapitelbezeichnung findet sich im Bereich Rechts in vergleichbarer Form überhaupt nicht, obwohl nicht nur die Polizei einen massiven Gewaltanstieg Rechts zu verzeichnen hatte, sondern auch die Opferberatung Ezra einen Höchststand mit 180 Fällen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt verzeichnete. Der Bericht des Geheimdienstes vermittelt hier ein verzerrendes Bild.“

König-Preuss weiter: „In Puncto Radikalisierung der extremen Rechten ist dieser Bericht ein Zeugnis davon, in welchem Blindflug der Geheimdienst teilweise unterwegs ist: Extrem rechte Gruppen, wie beispielsweise die ‚Neue Stärke Erfurt‘, werden angeschnitten, aber das tatsächlich von dieser Organisation ausgehende Gefahrenpotential und die Bedrohungskulisse, die im Erfurter Norden durch reale Straftaten aufgebaut wurden, finden keinerlei Reflektion. Erst auf Parlamentsanfrage wurde mir die Palette an Straftaten im Berichtszeitraum 2022 aufgelistet, darunter mehrere gefährliche Körperverletzungen - im Verfassungsschutz-Bericht findet sich dazu jedoch nichts. Auch Kampfsportstrukturen wie Barbaria Schmölln finden keinerlei Erwähnung. Stattdessen hat man rückwirkend noch schnell die ‚Hammerskins‘ hineingeschrieben, nachdem die Struktur jahrelang im Bericht ignoriert wurde und man nun wegen des Verbots durch das Bundesinnenministerium unter Zugzwang geriet. Auch die Szene der Holocaust-Leugner:innen und Geschichtsrevisionist:innen ist 2022 in Thüringen floriert und hat eine Vielzahl von Veranstaltungen und Kongressen in Guthmannshausen, aber z.B. auch in Ruhla durchgeführt. Während Thüringen also zum Rückzugsort dieser Szene wird und Schändungen der Gedenkstätte Buchenwald 2022 bundesweite Schlagzeilen machten, finden diese Entwicklungen im Bericht des vermeintlichen Frühwarnsystems schlicht und ergreifend nicht statt.“

Bilay ergänzt: „Das mangelnde Bewusstsein für die Radikalisierung der extremen Rechten ist auch deswegen verwunderlich, da dem Amt für Verfassungsschutz auch die Verfahren bei der Thüringer Polizei bekannt sind, aus denen ersichtlich wird, dass es nicht nur viele Gewaltstraftaten von Neonazis 2022 gab, sondern der Grad an Brutalität und Gewalttätigkeit zugenommen hat. Wir haben es allein im Hellfeld der rechten Gewalt mit einer Steigerung von 94 Prozent bei solchen Gewalttaten zu tun, die von der Polizei nicht als ‚einfach‘ sondern als ‚gefährlich‘ eingestuft wurden. Auch der Opferberatung liegen mehrere Fälle im Berichtszeitraum vor, in denen Opfer schwer oder erheblich verletzt wurden, darunter bspw. Fälle aus Erfurt und Ilmenau, bei denen Menschen, darunter ein 7-jähriges Kind, aus rassistischen Motiven mit Glasflachen attackiert wurden.“

König-Preuss weiter: „Man muss berücksichtigen, dass im Jahr 2022 fast 2.000 unangemeldete Demonstrationen vorwiegend aus dem Spektrum von ‚Querdenken‘, ‚Freies Thüringen‘ und Corona-Leugner:innen im Freistaat stattfanden, in der Spitze mit 24.000 Personen. Dabei kam es auch in 2022 zu einer Vielzahl von Rechtsverstößen, Polizist:innen, Journalist:innen und Gegendemonstrant:innen wurden angegriffen und antisemitische Hetze verbreitet. Dass ausgerechnet dann diesem ganzen Phänomen unter dem Begriff ‚Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates‘ lediglich drei Seiten im Bericht gewidmet werden, ist ein schlechter Witz und auch unredlich gegenüber den Sicherheitskräften und kommunalen Behördenmitarbeiter:innen, die Tausende Einsatzstunden zu leisten hatten. Dass innerhalb dieses Kapitels nicht einmal Erwähnung findet, dass ein Löwenanteil der 1.134 Straftaten der Kategorie ‚Politisch motiviert – nicht zuzuordnen‘ diesem Spektrum zuzuordnen sind, darunter 140 Gewaltdelikte, mehr als die Hälfte aller PMK-Gewalttaten insgesamt, unterstreicht die mangelnde Analysefähigkeit. Die enge organisatorische Verbindung und die fließenden Übergänge zur Szene der ‚Reichsbürger‘ bleiben hier genau so unterbelichtet wie die Rolle der AfD als Organisatorin und parlamentarischer Arm für ‚Reichsbürger‘ und ‚Querdenker‘. Absurd ist auch die Behauptung, nur ein kleiner Teil der ‚Reichsbürger‘ sei ideologisch der extremen Rechten zuzuordnen. Es grenzt an Desinformation, ‚Reichsbürger‘ nicht als rechts einzuordnen und das nur, um ein absurdes Categoriesystem aufrecht zu erhalten.“

Wiederholte Forderungen nach mehr Personal für den Geheimdienst erteilen die beiden Abgeordneten eine Absage: „Wenn man zu den seit Jahren 15 unbesetzten Stellen weitere 35 unbesetzte Stellen hinzufügt, stärkt man weder die Qualität des Berichtswesens noch die Sicherheit in Thüringen. Publikationen wie die ‚Thüringer Zustände‘ sind stattdessen methodisch sauberer aufbereitet, stellen die Informationen schneller bereit und sind um ein Vielfaches kostengünstiger.“